



Neue Zürcher Zeitung; 26.03.2007; Nummer 71; Seite 11
Politiker klagen über kleines Rüstungsprogramm

Zürich, 24. März. (ap) Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik erachtet das diesjährige «Kleinst-Rüstungsprogramm» 07 als sicherheitspolitisch inakzeptabel. In einem offenen Brief an Bundesrat Samuel Schmid fordert die von Ständerat Bruno Frick (Schwyz, cvp.) und Nationalrat Jean-François Rime (svp., Freiburg) präsidierte Vereinigung Ersatzprojekte.

Mit Konsternation habe der Arbeitskreis das Ende Februar vom Bundesrat präsentierte Rüstungsprogramm 2007 zur Kenntnis nehmen müssen, heisst es in dem am Samstag publizierten Schreiben an den Chef des Verteidigungsdepartements. Dieses betrage nur noch ein Drittel desjenigen von 2006 und liege damit weit unter dem Durchschnitt von einer Milliarde Franken, die zur Erreichung und Erhaltung des Technologieniveaus der Armee unerlässlich sei.

Dass das ursprünglich geplante Beschaffungsvorhaben für gepanzerte Mannschaftstransportwagen zur Sicherstellung der Beschaffungsreife um ein Jahr verschoben worden sei, sei in der Sache verständlich und möglicherweise auch richtig. Jedoch sei für den Arbeitskreis sicherheitspolitisch inakzeptabel, dass diese Streichung ersatzlos erfolgen solle. Das politische Signal, das mit diesem «Kleinst-Rüstungsprogramm» einhergehe, erschwere das Ziel, die Ausrüstungs- und Kapazitätslücken der Schweizer Armee in nützlicher Frist zu schliessen. Der Bundesrat signalisiere so, dass er auch in Zukunft mit zu tiefen Investitionen leben könne. Damit nehme er in Kauf, dass die Armee unter das technologische Niveau zurückfalle, das zur Erfüllung ihres Auftrages unabdingbar sei.

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik habe Kenntnis von anderen Projekten mit hoher Beschaffungs-Priorität, die als Ersatz für das zurückgestellte Vorhaben noch kurzfristig Aufnahme ins Rüstungsprogramm 07 finden könnten; er wolle sich aus naheliegenden Gründen aber nicht für einzelne Projekte einsetzen.



**Neue Luzerner Zeitung; 24.03.2007; Seite 6
Frick kritisiert Bundesrat Schmid**

adm. «So schaffen sich das VBS und Bundesrat Samuel Schmid die Probleme gleich selbst», sagt Bruno Frick. Der Schwyzer CVP-Ständerat ist Co-Präsident des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik, dem neben Politiker auch Leute aus der Rüstungsindustrie angehören.

Die Kritik richtet sich gegen das gestutzte Rüstungsprogramm 2007. Bundesrat Schmid hatte die geplante Beschaffung gepanzerter Wagen für den Mannschaftstransport um ein Jahr verschoben. Das sei zwar verständlich und wohl auch richtig, so Frick. Aber Schmid sei nicht bereit gewesen, rechtzeitig zu reagieren. Es sei «sicherheitspolitisch inakzeptabel», dass die Streichung ersatzlos erfolge, weil Schmid und das VBS nicht andere beschaffungsreife Projekte habe präsentieren können. Normalerweise umfasse ein Rüstungsprogramm 1 bis 1,2 Milliarden Franken. Jetzt sei es noch rund die Hälfte.

Schmid soll deshalb so schnell wie möglich Ersatzprojekte vorlegen. Sonst nehme der Bundesrat in Kauf, «dass die Armee unter das technologische Niveau zurückfällt, das zur Erfüllung ihres Auftrages unabdingbar ist», so Frick.



AP 24 März 2007

Ersatzprojekte im Rüstungsprogramm 07 gefordert

Zürich (AP) - Der »Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) erachtet das »Kleinst-Rüstungsprogramm« 07 als sicherheitspolitisch inakzeptabel. In einem Offenen Brief an Bundesrat Samuel Schmid fordert die von Ständerat Bruno Frick (CVP/SZ) und Nationalrat Jean-Francois Rime (SVP/FR) präsidierte Vereinigung Ersatzprojekte.

Mit Konsternation habe der asuw das Ende Februar vom Bundesrat präsentierte Rüstungsprogramm (RP) 07 zur Kenntnis nehmen müssen, heisst es in dem am Samstag publizierten Schreiben an den VBS-Chef. Dieses betrage aktuell nur noch einen Drittel desjenigen von 2006 und liege damit weit unter dem Durchschnitt von einer Milliarde Franken, die zur Erreichung und Erhaltung des technologischen Niveaus der Armee XXI unabdingbar seien.

Dass das ursprünglich geplante Beschaffungsvorhaben für gepanzerte Mannschaftstransportwagen zur Sicherstellung der Beschaffungsreife um ein Jahr verschoben worden sei, sei in der Sache verständlich und möglicherweise auch richtig. Jedoch sei für den asuw sicherheitspolitisch inakzeptabel, dass diese Streichung ersatzlos erfolgen solle.

Das politische Signal, das mit diesem »Kleinst-Rüstungsprogramm« einhergehe, erschwere das Ziel, die Ausrüstungs- und Fähigkeitslücken der Schweizer Armee in nützlicher Frist zu schliessen. Der Bundesrat signalisiere so, dass er auch in Zukunft mit zu tiefen Investitionen leben könne. Damit nehme er in Kauf, dass die Armee unter das technologische Niveau zurückfalle, das zur Erfüllung ihres Auftrages unabdingbar sei. Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik habe Kenntnis von anderen Projekten mit hoher Beschaffungspriorität, die als Ersatz für das zurückgestellte Vorhaben noch kurzfristig Aufnahme ins RP 07 finden könnten. Der asuw wolle sich aus nahe liegenden Gründen aber nicht für einzelne Vorhaben einsetzen.